



**Regionalverband
Südlicher Oberrhein**
Planen. Beraten. Entwickeln.

DS PIA 14/11
(Anlage)

Freiburg i. Br., 24.05.2011

Unser Zeichen: 53221.17

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstraße 19
79102 Freiburg i. Br.

**Tischvorlage
Planungsausschuss am 26.05.2011**

TOP 11 (öffentlich)

ASB/NSB Rheintalbahn

hier: Resolution zum „Schutz der Bevölkerung vor Gefahrgutunfällen“

- *beschließend* -

1. Beschlussempfehlung der Verbandsgeschäftsstelle

Vor dem Hintergrund des schweren Güterzugunfalls am 20.05.2011 im Bahnhof *Müllheim/Baden* verabschiedet der Planungsausschuss die als Anlage beigefügte Resolution. (Anlage)

2. Anlass und Begründung

Die Rheintalbahn ist eine zentrale Nord-Süd-Achse im europäischen Bahnverkehr und eine der am stärksten befahrenen Güterzugstrecken Europas. Immer wieder kommt es zu Güterzug-Unglücken, die ein massives Sicherheitsrisiko für die ansässige Bevölkerung und die Umwelt darstellen. Jüngstes Beispiel ist der Gefahrgutunfall im Bahnhof Müllheim am 20.05.2011, bei dem acht teils mit leicht entzündlichen und gefährlichen Stoffen beladenen Waggons entgleisten und großen Schaden an Gleisbett und Oberleitung verursachten. Es grenzt an ein Wunder, dass keine Personen verletzt wurden. Da die akute Gefahr eines Brandes oder einer Explosion bestand, mussten rund 300 Anwohner aus Häusern, Büros und Geschäften vorsorglich in Sicherheit gebracht werden. Durch eine Kette glücklicher Umstände kam es nicht zur Katastrophe:

- Der Unfall geschah noch vor dem mit wartenden Reisenden vollbestandenen Bahnhof.
- Die auf dem Parallelgleis tätigen Gleisarbeiter waren gerade in der Mittagspause.
- Es fand gerade kein Gegenverkehr statt.
- Das Gefahrgut war nicht hochexplosiv.

Die Beinahe-Katastrophe im Bahnhof Müllheim zeigt in besonderem Maße, dass eine Höherbewertung des Themas „Sicherheit“ zum „Schutz der Bevölkerung vor Gefahrgutunfällen“ beim Ausbau der Rheintalbahn oberste Priorität haben muss. Für das Jahr 2025 wird von einer täglichen Belastung von 304 Güterzügen in beiden Richtungen pro Tag ausgegangen. Durch diese deutliche Zunahme des Güterverkehrs auf der Strecke erhöht sich auch das Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung.

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein setzt sich bereits seit 2003 auf politischer und planerischer Ebene für einen menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn ein. Die aktuellen Ereignisse bestätigen die Richtigkeit der seit Jahren erhobenen Forderungen des Regionalverbands, beim Ausbau der Rheintalbahn auf eine Trennung von Personen- und Güterverkehr hinzuwirken und Güterverkehre nach Möglichkeit in sicherer Entfernung an Wohngebieten vorbeizuführen.

Im Frühjahr 2008 legte die DB AG erstmals eine Trassenvariantenuntersuchung für den Abschnitt Offenburg – Riegel vor. In der Sitzung des Planungsausschusses am 19.06.2008 wurden die Ergebnisse seitens der DB Projektbau GmbH anhand einer Bewertungsmatrix vorgestellt und erläutert. Aspekte der „Sicherheit“ wurden ebenso wie „Fahrdynamik“, „Bahnbetrieb“, „Baudurchführung“ lediglich als sog. „Technische Belange“ untersucht und bewertet (vgl. Sitzungsvorlage zur VVS am 09.10.2008).

(DS VVS
07/08)

An dieser Vorgehensweise hat sich bis zum heutigen Tage mit den Arbeitsgruppen Cluster 2 und 3 des Projektbeirates nichts geändert. Die bereits im November 2009 im Rahmen der Erörterungstermine erhobene Forderung, angesichts der Eisenbahnkatastrophe im Sommer 2009 in Viareggio/Italien, dem „Schutz der Bevölkerung vor Gefahrgutunfällen“ stärkeres Gewicht im Planungsprozess beizumessen, lehnte die DB AG damals mit Hinweis auf die Rechtslage ab. Nach Auffassung der DB AG sei es nicht geboten, eine Gefährdungsabschätzung in den Planungsprozess einzubringen.

Fazit:

Die Beinahe-Katastrophe in Müllheim/Baden am 20.05.2011 zwingen im Interesse unserer Bevölkerung zu einer Neubewertung der mit Gefahrguttransporten auf der Schiene verbundenen Risiken.

Vor dem Hintergrund des schweren Güterzugunfalls am 20.05.2011
im Bahnhof *Müllheim/Baden* verabschiedet der

Regionalverband Südlicher Oberrhein

die nachfolgende

Resolution

1. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein ist angesichts der Beinahe-Katastrophe in Müllheim/Baden am 20.05.2011 sehr besorgt, dass mit steigenden Zugzahlen, längeren Zügen sowie höheren Geschwindigkeiten auf der Rheintalbahnstrecke als eine der wichtigsten Güterschienenstrasse Europas das Risiko schwerwiegender Unfälle und damit einer massiven Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt deutlich zunehmen wird.
2. Gefahrgutunfälle der letzten Jahre, wie die Eisenbahnkatastrophe im Sommer 2009 in Viareggio/Italien mit 22 Toten und nun die Beinahe-Katastrophe in Müllheim/Baden zwingen zu einer neuen Risikobewertung der Gefahrguttransporte auf der Schiene.
3. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein fordert das Eisenbahnbundesamt auf, die Sicherheit von Güterwaggons schnellstmöglich zu überprüfen und die Einhaltung von anerkannten technischen Standards dauerhaft und wirksam zu überwachen.
4. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein fordert die DB AG auf, die Sicherheit bei Gefahrguttransporten nicht mehr ausschließlich als sog. *technischen Belang*, sondern den „Schutz der Bevölkerung vor Gefahrgutunfällen“ mit hoher Priorität als Planungskriterium in die weitere Prüfung der Trassenvarianten einzubeziehen.
5. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein fordert vor diesem Hintergrund die DB AG auf, die Kernforderungen der Region planerisch umzusetzen:
 - a) Güterzugtunnel im Raum Offenburg
 - b) Güterzugtrasse entlang der BAB 5 von Offenburg bis Riegel
 - c) Optimierung der Güterzugtrasse von Riegel bis Hülgelheim in Lage und Höhe
 - d) Führung aller Güterzüge durch den Katzenbergtunnel.
6. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein erwartet von allen Mitgliedern des Projektbeirates, dem „Schutz der Bevölkerung vor Gefahrgutunfällen“ eine überragende Bedeutung zuzumessen.
7. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein erwartet von der Landesregierung Baden-Württemberg, dass sie die Forderungen gegenüber der DB AG dem Eisenbahnbundesamt und der Bundesregierung unterstützt.

8. Die Resolution richtet sich an

- den Bundesminister für Verkehr;
- die Deutsche Bahn AG;
- das Eisenbahnbundesamt;
- die Regierung des Landes Baden-Württemberg,
vertr. d.d. Minister für Verkehr und Infrastruktur;
- die Mitglieder des Projektbeirats.